

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Gernsuf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Preis 1530.
Strohfaser:
Riesa Nr. 52.

Nr. 266.

Sonnabend, 14. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Stäben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Reichskanzlerrede im hessischen Wahlkampf in Mainz.

Reichstagsabgeordneter Richard Müller-Fulda gestorben.

Der französische Ministerpräsident kündigt wieder politische Forderungen an.

Mainz. In dem außerordentlich lebhaften hessischen Wahlkampf, in dem bisher die Führer sämtlicher Parteien zu Wort gekommen sind, hat gestern Reichskanzler Dr. Brüning mit einer wirkungsvollen Rede in der Mainzer Stadthalle eingegriffen. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war nicht nur der große Saal, sondern auch sämtliche Nebenräume mit einer über 8000 Personen zählenden Menschenmenge gefüllt. Viele Hunderte hatten keinen Einlaß mehr gefunden. Der Reichskanzler wurde bei seinem Eintreten in den mit Fahnen reichgeschmückten Saal mit stürmischem Beifall empfangen, der sich nach den Begrüßungsworten des Reichstagsabgeordneten Dr. Bodius-Mainz immer und immer wiederholte.

Der Reichskanzler führte aus, Deutschland stehe vor entscheidenden Stunden. Alles, was sich in der Entwicklung längerer Jahre, vor allem aber des letzten Jahres, zusammengebrannt habe, dränge nach einer Lösung in kürzester Frist, in wenigen Wochen. Er habe das Gefühl, daß trotz aller Verluste, durch Kapitulation und durch Phrasen hier und da die entscheidendsten Stunden in ihrer Bedeutung zu verdunkeln, das deutsche Volk instinktiv das Gefühl habe, daß es jetzt um große und entscheidende Dinge in den nächsten Wochen gehen werde. In der Reparationsfrage sei jetzt die sachliche Entscheidung reif geworden. Mit besonderem Nachdruck hob der Reichskanzler die Tatsache hervor, daß Deutschland bis zum Inkrafttreten des Hooverjahres von Beginn des Jahres 1920 ab zum ersten Male seit der Stabilisierung Reparationen nicht aus Anleihen und ausländischen Krediten, sondern aus eigener Kraft bezahlt habe. (Beifall.) Das werde man gelegentlich der jetzigen Reichsregierung vor. Wenn wir alles daran gesetzt haben, Wirtschaft und Finanzen in den vergangenen Jahren konzentrierend darauf einzurichten, daß wir, ohne neue Kredite in stärkerer Maße herbeizubekommen, die Reparationslasten bezahlt haben, so hat das endlich den Effekt, die Einsicht in der Welt zu schaffen, daß Reparationslasten von Deutschland nur durch einen wachsenden und ausschließlichen Ausfuhrüberschuß tatsächlich bezahlt werden können. Das ist gelungen. Wir haben die Einfuhr fortwährend gesenkt, wir sind in der Ausfuhr an der Spitze der Nationen geblieben. Es nahe jetzt eine Zeit heran des Vertrauens in Wirtschaft und Finanzen, des Vertrauens in eine Politik echter Verständigung der Völker untereinander, die aufgebaut sein müsse und dauerhaft aufgebaut sein könne auf der Förderung und Sicherung gleichen Rechtes für alle Nationen. (Lebhafte Beifall.)

Der Weg aus der Krise sei ein Weg der Sorge und der Not. Der aber glaube, die Krise heilen zu können, nur durch Maßnahmen, die wir in Deutschland für uns allein treffen, wer glaube, nur von hier aus den Hebel ansetzen zu können, der sei überhaupt nicht in der Lage, dem deutschen Volke in erster Linie Rettung zu bringen. (Lebhafte Beifall.)

Der Reichskanzler wies dann energisch den Vorwurf der Passivität der deutschen Regierung zurück. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, ob der Brief Engenbergs an den Präsidenten Hoover aus dem Jahre 1929 etwa den Schritt des amerikanischen Präsidenten herbeigeführt habe? Glaube man, daß es leicht gewesen sei, den Weg über Paris und London nach Basel zu finden, um zum Stillhalteabkommen zu gelangen?

Der Reichskanzler ging dann auf die Wirtschaftskondale der letzten Zeit, wie Navaprozess und die Vorkommnisse bei Nordwolle und Schultze-Pakenhofer ein. Er verwies auf die Aktienrechtsreform und die Bankenaufsicht und stellte hierbei die Forderung auf, daß die Wirtschaft in Zukunft reiflos nach gefunden und ehrlichen Grundsätzen geführt werden müsse. (Lebhafte Beifall.)

Zu der viel besprochenen Frage der Zinsenkung sagte der Reichskanzler, die Regierung habe sich nicht mit einer unangewiesenen Herabsetzung der Zinsen beschäftigt. Alle Nachrichten, die hierüber verbreitet worden seien, und von interessierter Seite kommen, entsprächen nicht der Wirk-

lichkeit und Wahrheit. Solche Nachrichten seien im höchsten Maße geeignet, uns in Zukunft zurückzuwerfen, wie wir sie vor einigen Wochen in der Bankstimmung nach der Bankschließung überall in Deutschland erlebt hätten. Die Zukunft unseres Volkes beruhe auf dem Glauben, daß es möglich und notwendig sei, unter allen Umständen die deutsche Währung stabil zu halten, ein Glaube, den die Reichsregierung reiflos mit dem deutschen Volke teile.

Wenn man die Währung stabil halten wolle, müsse man die Wirtschaft elastischer gestalten, als sie heute sei. Die Preise müßten sich den gegebenen Bedingungen schnell anpassen können. Man müsse für eine Übergangszeit alle Herstellungskosten auf realistischer Grundlage aufbauen. Es sei notwendig, mit einem geringeren Kreditvolumen vom Ausland her die deutsche Wirtschaft anzutreiben, und das sei möglich. Das seien Dinge, die unbedingt zur Rettung unserer Wirtschaft, zur Rettung auch der breiten Massen der Bevölkerung durchgeführt werden müßten. Sie seien durchführbar, wenn Verständnis und Mitleiden der breitesten Massen der deutschen Bevölkerung damit verbunden seien. Daher habe die Reichsregierung den Wunsch gehabt, solche Maßnahmen in einem größeren Kreis von Vertretern aller Bevölkerungsschichten zu besprechen. Es sei nicht möglich, die Bedeutung dieser Maßnahmen im Augenblick vom ganzen Volk mitempfinden zu lassen. Es sei aber notwendig, weil alle Maßnahmen, die getroffen würden und noch zu treffen seien, dem Ziele dienen, in der Preisbildung einen Schritt vorwärts zu tun, denn hier hänge alles davon ab, ob die Einsicht der Beteiligten ausreichend sei und ob überhaupt im deutschen Volk genügend Einsicht vorhanden sei, um die Abhängigkeit eines großen Teiles unserer wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen von den Bedingungen des Auslandes abzuleiten. Aber bei allen Maßnahmen brauche man ein Mitleiden des deutschen Volkes, damit es gelinge, unter Beteiligung aller Wirtschaftskreise, der Landwirtschaft, der Industrie, des Mittelstandes und der Arbeiterschaft Lösungen auf einmal zu treffen, die wegen der Not und des Dranges der Zeit diesmal nicht auf lange Monate verteilt werden könnten, sondern im Zusammenhang und in zeitlicher Abstimmung gegen einander zur Überwindung des Winters in den nächsten Wochen getroffen werden müßten.

Man habe die Löhne gesenkt, man habe aus Zwangsmaßnahmen auf den Etat die Beamtengehälter herabgesetzt, es sei gelungen, eine Senkung des Preisniveaus durchzuführen, es sei gelungen, für die Landwirtschaft immerhin Preise zu erzielen, die im Vergleich zu den Preisen anderer Völker noch als verhältnismäßig hoch anzusprechen seien. Es sei auch gelungen, in der Viehwirtschaft die Einfuhr durch hohe Zölle und andere Maßnahmen so abzurufen, daß man sagen könne, wir produzieren unser Vieh reiflos im eigenen Lande. Aber jetzt zeige sich, daß im Durchschnitt aller Orte in Deutschland und im Durchschnitt der Zeit die Preise sich nicht nach den Zöllen richten, sondern daß die Preise mehr oder minder unabhängig sich der gefundenen und der eingeschränkten Kaufkraft der Bevölkerung anpassen. Daraus folge, daß es kein Alibiemittel gebe in einer so gewaltigen Krise, daß man nicht einfach durch hohe Zölle die Landwirtschaft retten könne und daß man nicht einfach auf der anderen Seite Löhne senke, wenn die Löhne immer weiter gesenkt würden, dann würde es wieder besser werden, sondern alle diese Dinge müßten sorgfältig gegeneinander abgestimmt werden. Und wenn in einem Punkte die Entwicklung auf einem anderen Wege zu schnell vorausgegangen sei, könne er auf einem Rückschlag zu einer Krise führen, die schwer zu überwinden sei.

Der Reichskanzler betonte zum Schluß, daß nur die Erkenntnis der Wirklichkeit, nur die Erkenntnis der schonungslosen Wahrheit, nur die Erkenntnis der Fehler der Vergangenheit die einzigen Rettungsmöglichkeiten für ein Volk seien, das sich in einer so einzigartig schwierigen Lage befinde.

streng auf den Zeitabschnitt des wirtschaftlichen Niederganges beschränkt bleibe. Deutschland dagegen trete für eine endgültige Regelung ein.

„Echo de Paris“ berichtet, daß die Regierungskonferenz, die nach Ausarbeitung des Gutachtens der Sachverständigen zusammenzutreten soll, in den ersten Januarjahren in Paris beginnen werde.

Eine optimistische amtliche Verlautbarung.

Paris. Am Spätabend hat das französische Ministerpräsidium eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, deren erster Teil die bereits bekannten Tatsachen über den Zusammentritt des deutsch-französischen Ausschusses wiedergibt, im zweiten Teil heißt es u. a., daß sich aus dem umfassenden Meinungsaustrausch ein außerordentlich günstiger Eindruck für die weitere Entwicklung dieser Verhandlungen ergeben habe. Am Nachmittag hätten die Sachverständigen der Unterausschüsse den Teil des allgemeinen Programms geprüft, der ihnen mit der Absicht unterbreitet worden sei, diejenigen zwischen den beiden Ländern schwebenden wirtschaftlichen Fragen herauszugreifen, deren Bearbeitung eine rasche Lösung verspreche. Die Sachverständigen würden das Ergebnis dieser Prüfung dem Gesamtausschuss am Sonnabend vormittag vorlegen.

Auf der Suche nach der „Einigungsformel“.

Paris. Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, hat Reichskanzler von Goebbels dem französischen Ministerpräsidenten Laval am Freitag vormittag einen schriftlich festgelegten Vorschlag unterbreitet, der sich in verschiedenen Punkten von den bisher erörterten Fassungen unterscheidet und den weiteren Verhandlungen zur Grundlage dienen soll. Einzelheiten über diesen Vorschlag sind noch nicht bekannt geworden.

Der „Temps“ wendet sich am Freitag gegen die verbreitete Auffassung, daß es im Laufe der diplomatischen Verhandlungen zwischen Paris und Berlin über die Krisenfrage zu einer Einigung gekommen sei. Erst wenn die Reichsregierung den Wortlaut der Note bekanntgegeben habe, mit der sie die Einberufung des Prüfungsausschusses fordere, könne man sich ein klares Bild über die Aussichten machen, die für eine Verständigung vorhanden seien. Nur wenn der deutsche Antrag mit dem Geiste und dem Wortlaut des Youngplans völlig übereinstimme, könne man von einer tatsächlichen Verständigung sprechen. Sollte jedoch die Berliner Regierung versuchen, die Vollmachten des neuen Ausschusses zu erweitern und diese auch auf die Frage der Privatschulden auszuweiten, so bestche keinerlei Aussicht auf ein Abkommen, denn Frankreich werde niemals annehmen, daß diese beiden Fragen miteinander verbunden würden.

Laval vor den Senatsausschüssen.

Paris. Nach den Kammerausschüssen sind am Freitag um 18 Uhr auch der Senatsausschüsse und der auswärtige Ausschuss des Senats zusammengetreten, um den außenpolitischen Bericht Laval's entgegenzunehmen. An der Sitzung beteiligten sich auch Briand und Finanzminister Flandin. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten unterschieden sich von den vorgefährigen nicht wesentlich, da sie ebenfalls den Besprechungen in London, Berlin und Washington gewidmet waren.

Reichstagsabg. Müller-Fulda gestorben.

Fulda. (Funkspruch.) Der langjährige Zentrumsaabgeordnete und Finanzsachverständige des Reichstages Richard Müller-Fulda, der erst vor kurzem den 80. Geburtstag feiern konnte, ist heute früh nach längerer Krankheit gestorben.

Rund-Tisch-Konferenz gelichtet

London, 14. November.

Einer Reuermeldung zufolge ist die Konferenz am Rund-Tisch als gelichtet zu betrachten, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hindus und Mohammedanern in nahezu dreimonatiger Verhandlung nicht ausgeglichen werden konnten.

Der Stand der deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris. Die gestrige Unterredung des Reichskanzlers von Goebbels mit dem Ministerpräsidenten Laval, die bekanntlich dem Zwecke diente, die Bedingungen festzulegen, unter denen der im Youngplan vorgesehene Sachverständigenausschuss zusammenzutreten soll, wird von einem Teil der Pariser Presse als hoffnungsvoll bezeichnet. So will der „Matin“ wissen, daß Staatssekretär von Bülow während seiner Abwesenheit in Paris aus Anlaß der Tagung des Völkerbundesrates durch unmittelbare Verhandlungen mit Laval die letzten Schwierigkeiten regeln werde, die sich hinsichtlich der Festlegung der Zuständigkeit des Sachverständigenausschusses und hinsichtlich des allgemeinen Sinnes

der später zwischen den Regierungen stattfindenden Verhandlungen ergäben.

Nach Ansicht des „Journal“ beständen noch zwei Meinungsverschiedenheiten in der deutschen und in der französischen Auffassung; die eine betrafte nur das einschlägige Verfahren, nämlich inwiefern der beratende Ausschuss die kommerzielle Passiva Deutschlands zu berücksichtigen habe. Selbstverständlich, sagt das Blatt, müsse die Regelung der Reparationen für die Krisenzeit die gesamte Finanzlage Deutschlands berücksichtigen. — Die zweite Meinungsverschiedenheit sei wesentlich. Die französische Regierung vertrete den Standpunkt, daß die zu treffende Regelung